

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.
Bern, 3. Juni. Die Mitglieder der genfer Regierung, die ihre Demission gegeben hatten, wurden heute mit einer glänzenden Majorität wieder gewählt und ist hiermit Fazy eine glänzende Satisfaction für die Affaire Marchand gegeben worden.

Paris, 2. Juni. Es sind hier wichtige Depeschen aus London und Konstantinopel eingetroffen, wonach der Sultan Nad Pascha die Warnung hätte zugehen lassen, falls neue Unruhen in Syrien ausbrechen sollten, würde die Türkei der Gefahr ausgesetzt sein, diese Provinz definitiv zu verlieren. Die Reise des Herrn Adolph Rothschild nach London bezieht sich auf die italienische Anleihe.

London, 2. Juni. Reuters Bureau meldet aus Konstantinopel vom 1. d. Mts.: Die internationale Konferenz hat einen von Oesterreich vorgeschlagenen Compromiss angenommen, wonach die Maroniten einen Kaimakam aus der Familie Sheab, die Drusen einen Muselman zum Gouverneur erhalten und beide Gouverneure dem Pascha von Syrien untergeordnet werden sollen.

Turin, 1. Juni. Die „Opinione“ schreibt: Ein von Piemontesen eskortirter Zug Bourbonen wurde von den Aufständischen bei St. Angelo in der Capitanata befreit und einige Mann von der Eskorte getödtet.

Genua, 1. Juni. Der hiesigen Bank-Kasse wurden 200,000 Lire in Willets entwendet.

Flume, 1. Juni. Die Handelskammer bittet um Abwendung eines öfter-reichlichen Kriegsschiffes in die amerikanischen Gewässer.

Preußen.

Landtag.

K. C. 62. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 3. Juni.

Präsident Simon eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. — Am Minister-tische: Graf Schwerin, v. Bethmann-Hollweg, v. Bernuth, v. Auerwald und mehrere Regier.-Commissare, darunter der Ober-Consistorialrath Wichern.

Bei Fortsetzung der Beratung über den Etat des Ministeriums des Innern handelt es sich um die Frage der Einzelhaft, zu deren gesetzlicher Regelung in nächster Session unter einstweiliger Beschränkung auf das bestehende Maß die Regierung aufzufordern die Commission beantragt; nach Ansicht der Regierung — der Minister des Innern hat darüber eine besondere Denkschrift gegeben, die indes nicht allgemein zugänglich geworden ist — bedarf es in dieser Beziehung eines neuen Gesetzes nicht, sondern nur etwa weiterer reglementarischer Bestimmungen, welche Sache der Verwaltung sind.

Abg. Amede erklärt sich — soweit derselbe bei der Unruhe, die auch bei dem nächsten Redner im Hause herrscht, zu verstehen ist — gegen das System der Einzelhaft; er führt aus, daß eine Folge desselben, besonders in Pennsylvania selbst, der Ausbruch eines religiösen Wahnsinns gewesen; die Einzelhaft mit Arbeitsanweisung mache die Gefangenen unfähig, sich nach der Entlassung durch Arbeit zu ernähren, weshalb man wieder dazu habe schreiten müssen, die allgemeine Arbeit, unter strenger Aufsicht, einzuführen. — In Moabit sei das System eingeführt, doch habe man über die moralische Wirkung nichts Gewisses bis jetzt erfahren.

Abg. Starcke: Die Frage sei bereits außerordentlich durchgearbeitet und die gegen die Einzelhaft gemachten Einwendungen gingen von Personen aus, welche sich mit dem Gegenstande nicht genügend beschäftigt hätten. Namentlich der Einwurf, daß das System zu Geisteskrankheiten führe, widerspreche der Erfahrung, welche man gemacht habe. Der Einwurf, daß das System zu kostspielig sei, habe allerdings einige Berechtigung, allein für das Gute dürfe man die Mittel nicht scheuen. Er halte eine gesetzliche Regelung allerdings für notwendig, denn das Strafgesetzbuch bestimme nur für die Zuchthausstrafe den Arbeitszwang, während für die Gefängnisstrafe die Berechtigung der Regierung, Arbeit einzuführen, facultativ sei.

Abg. Schülke (Berlin): Ueber die Zweckmäßigkeit der Einzelhaft sind die Alten noch nicht geschlossen; hier handelt es sich um die Frage der gesetzlichen Regelung; eine Menge Sachverständiger und die Commissionen dieses Hauses haben immer festgehalten, daß Einzelhaft eine Verschärfung der Strafe ist; schon aus diesem Gesichtspunkte ist eine gesetzliche Regelung nöthig. Noch in diesem Frühjahr ist durch ein Manuscript des Ministers des Innern angeordnet worden, daß der Geisliche bei der hiesigen Stadtvoigtei darüber zu entscheiden hat, ob ein Gefangener zeitweise in das Zellen-System nach Moabit soll. Dem Geistlichen ist also die Verschärfung der Strafe anheimgegeben. Bei uns kommt hinzu, daß die Einzelhaft mit Einführung einer religiösen Bruderschaft verknüpft ist, der des Hauses. Der Kostenpunkt ist, wenn auch zu erwägen, doch nicht durchgreifend; bedenkt man aber, daß das religiöse Element den Gefangenen anvertraut ist, nicht den Geistlichen und Seelsorgern. (Redner verliest darüber das Gutachten des Direktors der oldenburgischen Strafanstalt zu Verden, einer anerkannten Autorität, wonach das System zu Heuchelei und dergl. führt.) Wir haben diese Einrichtung getroffen zu derselben Zeit, wo in Oesterreich die Gefangenenpflege den geistlichen Körperschaften genommen worden ist; hüten wir uns, nicht auch in unseren Strafanstalten Erweichungen zu erleben, wie neulich am Rhein. (Bravo.)

Minister des Innern: Die Regierung hat niemals den oft ausgesprochenen Wunsch nach gesetzlicher Regelung misachtet, sich vielmehr in der letzten Zeit damit beschäftigt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, aber sie hat damit nicht zu Stande kommen können. Sollte die Regierung eine Scala für das Verhältniß der Einzelhaft entwerfen, so würde sie dadurch in ein solches Schwanken gerathen, daß sie befürchten müßte, ungerecht zu werden. Die Einzelhaft ist so verschieden, daß es nicht möglich ist, dieselbe zu präcificiren, namentlich weil so viele Vorurtheile in dieser Frage vorhanden sind. Die Regierung ist überzeugt, daß durch die Discussion in diesem Hause die Sache nur gewinnen kann, und sie glaubt dem Lande einen Dienst zu erweisen, wenn sie die Klarheit darüber verbreitet, nach welchen Prinzipien die Einzelhaft in Preußen vollstreckt wird. Wird der Commissions-Antrag angenommen, so wird die Regierung die Frage von neuem in erste Erwägung nehmen; die Sachverständigen des Hauses aber hätten gut gethan, nicht nur den allgemeinen Wunsch auszusprechen, daß ein Gesetz erlassen werden möchte, sondern bestimmte Grundzüge aufzustellen. Die Regierung würde in diesem Falle dem Hause dankbar sein, wenn es seinerseits die Initiative ergreifen wollte (Heiterkeit). Er widerspreche dem ersten Theile des Commissions-Antrages nicht, bemerke jedoch, daß, wenn die Regierung das System der Einzelhaft weiter ausdehnen wollte, es dazu großer Bauten bedürfte, die nicht ohne Bewilligung des Landtags vorgenommen werden könnten.

Regierungs-Commissar Oberconsistorialrath Wichern: Die Frage nach Reform der Gefängnisse ist in Preußen schon eine alte. Ein kurzer geschichtlicher Rückblick wird für diese Angelegenheit aufklärend sein. Nachdem das preussische Land nach den Kriegsjahren zur Ruhe gelangte, so war eine Folge davon, daß Gutes und Böses sich gleichmäßig entwickelte. Die Zahl der Verbrechen vermehrte sich. Die preussische Verwaltung kam dadurch in große Verlegenheiten, weil ihre Gefängnisanstalten fehlten. Der damalige Kronprinz, der jetzt hochselige König, wurde die Veranlassung, daß ein Mann in das Land herübergeführt ward, der der deutsche Howard genannt werden könnte, d. i. der Dr. Julius. — Der schreckliche Brand des Schlosses zu Magunt mit 500 Gefangenen gab Anlaß, aus der Theorie in die Praxis zu treten. Als es gelungen war, diese Gefangenen zu retten, entstand die Frage: was nun? Der Oberpräsident v. Schön erbaute die Strafanstalt zu Jüterburg im J. 1828. Hier ward mit der Einzelhaft angefangen, es wurden 159 Einzelzellen gebaut; 1830 ward Sonnenburg mit 129 Einzelzellen eingerichtet. Der Oberpräsident v. Flottwell erbaute zu Pommern-Crone in der Provinz Posen ein Gefängnis mit 60 Zellen. Man hat deshalb wohl Gelegenheit gehabt, sich Erfahrungen zu sammeln. Als auch in der Provinz Sachsen das Gefängnis Richtenberg für Einzelzellen eingerichtet ward, da sprach sich die Bezirksregierung dafür aus, ob es nicht einer gesetzlichen Regelung der Angelegenheit bedürfte. Der Minister v. Brenn antwortete, daß die Verhütung der Strafe in der Einzelhaft nur dann als eine Verschärfung der Strafe angesehen werden könne, wenn Dinge hinzukämen, welche mit der Einzelhaft an sich nicht verbunden, wie z. B. Entziehung des Lichts, Hunger etc. Das ist der Standpunkt, den die preussische Verwaltung immer festgehalten hat, das ist der Standpunkt auch der Denkschrift.

Mit dem Thronwechsel 1840 kam ein neues Leben in die Reform des Gefängniswesens; 1842 wurden auf königl. Befehl neue Strafanstalten gebaut in Moabit, Königsberg, Ratibor, Münster, und in Köln ein neuer vierter Flügel. Zugleich wurde die Frage in den Ministerien angeregt, wie in der Sache selbst weiter vorzugehen sei; die Isolirung wurde ganz streng durchgeführt und je länger, je mehr wurde der bessere Einfluß der Isolirung konstatiert; die Gefangenen waren dankbar dafür, protestirten gegen die Zurückführung in die gemeinsamen Säle. Der damalige Minister des Innern, v. Rochow, ordnete an, daß alle Untersuchungsgefangenen vereint werden, die besseren Strafgefangenen ebenfalls, besonders die jugendlichen; von den Zuchthaussträflingen wurden die besseren alle isolirt. Seitens der Minister v. Bülow und Savigny trat damals zuerst vom juristischen Standpunkte das Bedenken auf, ob nicht die Einzelhaft eine Verschärfung der Strafe sei. Sonst aber war auch Savigny für fortwährende Isolirung. Zu einem praktischen Resultate kam es damals nicht; Boten der Ministerien wurden vielfach hin und her geschickt. Mittlerweile mehrten sich die Erfahrungen zu Gunsten der Einzelhaft; in Frankreich entschied sich die Kammer nach dreitägiger Debatte, wesentlich auf Tocqueville's Bericht für dieselbe; in Baden und anderen deutschen Ländern sammelte man Erfahrungen. Da kam das Jahr 1848, und damit wurde diese ganze Frage sistirt. Vom Jahre 1850 ab machten sich die alten Erinnerungen an höchste Stelle wieder geltend; mit der Einführung des neuen Strafgesetzbuchs 1851 trat die alte Frage wieder in ihr Recht. Das Strafgesetzbuch ließ Raum für reglementäre Bestimmungen; die Regierung erließ dieselben in gutem Glauben. Sofort erhoben sich Stimmen von vielen Seiten, welche eine gesetzliche Regelung der Sache verlangten. Im Ministerium haben in Folge dessen Verhandlungen stattgefunden; das Resultat ist, daß eine gesetzliche Regelung sich als nicht möglich herausgestellt hat.

Man ist in dieser Frage noch nicht bis zur nothwendigen Aufklärung gekommen. Einzelhaft und Einzelhaft sind sehr von einander verschieden; es giebt Einzelhaften, welche nicht unter das Gesetz fallen, und wiederum solche, zu deren Anwendung ein Gesetz erfordert wird. Wenn z. B. damit verbunden werden sollte, jährlich im schwarzen Arrest von drei Monaten, Hunger während einer Zeit bis zu neunzig Tagen, oder Entziehung der Arbeit, wo jedem Gefangenen weiter nichts gegeben wird, als die Bibel — so nämlich hat man früher die Sache in Amerika getrieben — so ist das etwas so Unnatürliches, eine solche Verkennung der Aufgabe, daß eine preussische Regierung dazu sich nimmermehr wird entschließen können. Man verwechselt die Einzelhaft mit dem Arrest und daher kommt es, daß Gefangene gegen die Ueberführung in die Einzelhaft protestirt haben; nachher haben sie die Einzelhaft allerdings für eine Wohlthat anerkannt und ihren Dank dafür ausgesprochen.

Es handelt sich hier nun besonders um die Strafanstalt in Moabit, und es fragt sich, ob die dort zu verübende Zuchthausstrafe eine mildere oder härtere ist, als anderswo. Was ist der Zweck der Einzelhaft? Die Gemeinschaft der Verbrecher in den Zuchthäusern als Gemeinschaft zu vernichten. In Moabit sind fort und fort 300 Berliner Diebe; in den Strafanstalten machen diese ihre Diebes-Studien. Die Schwierigkeit, aber auch die Nothwendigkeit dieser Aufgabe hat man sich schon früher klar gemacht und man hat deshalb reglementarische Bestimmungen aufgestellt, deren Grundgedanke der ist: die gemeinsame Haft darf nicht in sich schließen die Gemeinschaft der Verhafteten. In Moabit hat man einen hohen sittlichen Erfolg erreicht; früher ist es vorgekommen, daß man am Beistuhl eine Branntweinflasche und einen Schinken hängend fand und daß die Gefangenen sangen: ein freies Leben führen wir; diesem Unwesen ist ein Ende gemacht. Was in Moabit erstrebt wird, ist die Trennung der Gefangenen durchzuführen, nicht um in ihnen das Menschliche zu tödten, sondern, nachdem man eine sittlich reine Luft geschaffen, die nothwendigen Factoren, Disciplin, Arbeit etc. zur Geltung zu bringen, die Gefangenen wieder zu Menschen zu machen. Die Anstalten dürfen nicht Verbrecherschulen werden; es soll auf das Individuum eingewirkt, die intellektuelle Hebung desselben angestrebt werden. Sieht man z. B. auf den jüngsten Bericht über die Strafanstalt Moabit, so findet sich, daß von 433 Sträflingen nur 37 sich befinden, welche ordentlich lesen und schreiben konnten und dies waren Schullehrer, Kaufleute und Beamte; in den letzten 6 Jahren konnte dies nur immer der 24ste Theil. Es ist vollständig davon abgesehen, Experimente mit Menschen zu machen; die Verwaltung muß es der Freiheit des Menschen überlassen, ob sie den guten Einflüssen sich hingeben will. Die Resultate in dieser Beziehung sind wunderbar, haben unsere eigenen Erwartungen übertritten; die Arbeitskraft entwickelt sich zu einer solchen Höhe, daß unter den 34 Strafanstalten des Staates, die moabiter Anstalt jetzt in intellektueller Beziehung die zweite Stelle einnimmt, die körperliche und geistige Gesundheit entwickelt sich und namentlich in Betreff der ersten steht die moabiter Anstalt allen anderen voran. — Wahnsinnig ist in Moabit im Zeitraum von 4 1/2 Jahren nur ein Mann geworden, während in anderen Strafanstalten 10 bis 20. Nach einem Berichte aus Frankreich sind unter 18,000 Gefangenen 359 Geistesranke. — Männer, welche bis dahin auf dem Lande Karrenschreiber waren, haben in Moabit die schönsten Kunst- und Handarbeiten anfertigen gelernt, welche treffliche Zimmergeuden abgeben.

In dem Comm.-Bericht ist eine Aeußerung enthalten, daß die Denkschrift des Ministers des Innern die moabiter Anstalt hingestellt habe als ein Paradies. Die Anstalten über ein Paradies mögen verschiedener Art sein; ich habe die Anstalt, so oft ich sie besucht und mit einzelnen Gefangenen mich unterredet habe, jedesmal mit dem Gefühl verlassen: hier ist kein Paradies, hier ist nicht gut sein, hier laßt uns unsere Zellen nicht bauen. Trotz aller Wohlthaten, welche die Gefangenen dort erhalten, wollen sie dennoch nicht dort bleiben, und selbst der 3-jährige Blinde, der wegen Brandstiftung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt ist, und für den die Freiheit während seiner letzten Lebensstage ein Unglück sein würde, wünscht sich von dort fort. — Der Gedanke, der der Verwaltung der moabiter Anstalt vorliegt ist der, daß die Freiheitsstrafe in einer humanen Gestalt vollstreckt werden soll. Nur die Freiheit entzieht das Strafgesetz, alles andere bleibt dem Gefangenen erhalten; die Möglichkeit, sich später eine bürgerliche Existenz zu schaffen, muß ihm gewahrt werden.

Der Abg. Schülke hat schwere Angriffe gegen das rauhe Haus und gegen die Bruderschaft in Horn bei Hamburg gerichtet und gesagt, daß es bedenklich sei, einer religiösen Genossenschaft die Pflege der Gefangenen zu überweisen. Es ist das eine sehr weit reichende Angelegenheit, die nicht bloß objectiv behandelt wurde, da die Angriffe auch gegen Personen gerichtet sind; ich halte mich daher für berechtigt, mich über diese Genossenschaft auszusprechen. Dieselbe besteht zunächst aus jungen Leuten, die beim Eintritt in das rauhe Haus sich bestimmten Bedingungen unterwerfen müssen. Erschrecken Sie nicht vor dem Namen „rauhes Haus“. Das Haus, eine Stunde von Hamburg, in schönster Gegend gelegen, wurde von einem Manne Namens Ruge erbaut und Ruge's Haus genannt. Die Benennung „Ruge's Haus“ ward alsdann in's Hochdeutsche überetzt aus dem Plattdeutschen, und in „rauhes Haus“ verwandelt. (Heiterkeit). Seit 150 Jahren war das so, und wir wollten es nicht ändern. Doch handelt es sich nicht um den Namen, sondern um die Sache. Es war ein kleines armes Haus vor 25 Jahren, in welchem — ich bedauere, von mir selbst sprechen zu müssen — ich zwölf arme, elende, verachtete Knaben zu meiner Familie machte. Jetzt hat sich die Zahl bis auf 600 erweitert, und aus diesem Hause wie aus dem Herrenhause haben viele mich in Anspruch genommen, um ihren Kindern zu dienen. Es ist nicht ein gesetzlicher pharisäischer Standpunkt, der uns beherrscht, wir haben die Verachteten zu uns genommen, daß sie unsere Kinder seien. (Der Redner erzählt einen Fall, wie ein „politischer Mann“, der von Stadt zu Stadt unter den größten Quälereien, Illuminationen etc. zog, auch nach dem rauhen Hause kam und demselben einen Sohn brachte, den Niemand sonst wollte). Ich erzähle solche Sachen nie, wir verteidigen uns nie, durch kein Wort, durch keine Schrift, aber es gilt hier unsere Ehre zu retten. Unser Prinzip ist, die Kinder je 12 und 12 in kleinen Häusern unterzubringen; dieselben bilden so Dorfschaften, kleine Gemeinschaften, die rüthig arbeiten müssen; die Kinder lernen daselbst so viel, als in den hamburger Schulen, ja vielleicht mehr. Daß es vieler Aufsieht bedarf, ist selbstverständlich; wir gehen von dem Grundsatz aus, uns selbst zu helfen; wir bauen unsere Felder selbst; unsere Kleider, unsere Häuser sind zum Theil von unsern Kindern selbst gearbeitet. Kapitalien haben wir nicht, sondern wir existiren durch freie Gaben der Liebe, und auch aus diesem Hause haben uns viele geholfen.

Den ersten Fortschritt machten unsere Bestrebungen in Frankreich, von wo Mr. Denays (?) von dem Gouvernement abgeschickt ward, um die Mittel kennen zu lernen, wie den gefangenen Kindern zu helfen sei. Er kam nach Hamburg und zu uns, und das Resultat war eine Nachahmung des rauhen Hauses. Nicht minder ist dasselbe sodann geschehen in Irland, England, Schottland, durch ganz Deutschland und Rußland, und jetzt auch in Amerika bis Kalifornien, von woher so eben Nachrichten erörtert worden sind. Ich bin vielfach aufgefordert worden, nach Amerika zu kommen, habe es indes meiner sonstigen Amtsgeschäfte wegen unterlassen müssen. — Wir brauchen Männer, die den Geist der Sache ergreifen haben; Schullehrer können uns nicht helfen, Handwerker auch nicht, nur solche, welche ihr ganzes Leben der Sache widmen. Ich habe mich, um die richtigen Personen zu finden, an die verschiedensten Kreise gewandt; die Bedingungen für die Gemeinschaft der Helfer sind klar und deutlich vorgezeichnet; es sind: ernste christliche Gesinnung, unbescholtener Lebenswandel, gute Schullehrer, ein ordentlich erlernter Lebensberuf, der es dem Helfer beim Austritt ermöglicht, sich selbst zu ernähren, ein Alter von 20—29 Jahren. Ferner müssen die Helfer — auf diesen Punkt sind viele Angriffe gerichtet worden — unverheirathet und unverlobt sein, und es ist ihnen erst dann gestattet sich zu verloben und zu verheirathen, wenn sie, wie dies beim Militär stattfindet, einen Hausstand begründen können. Der Austritt steht ihnen jederzeit frei. (Der Redner berührt dann einige spezielle Fälle, in Bezug auf welche er die erhobenen Anschuldigungen als unbegründet bezeichnet.)

Diese 300 Brüder des rauhen Hauses sind über Preußen, Rußland, England, die Donaustadtentümer, Arien und Amerika vertheilt. Meine persönliche Ansicht geht dahin, daß religiöse Orden nicht in die Strafanstalten gehören, weil letztere obrigkeitliche Institute sind, die nie von kirchlichen Orden verwaltet werden dürfen. Die Bruderschaft des rauhen Hauses ist aber kein kirchlicher Orden, sondern eine freie Genossenschaft freier Männer, welche da dienen, wo Anderen die Arbeit zu schwer wird. Alles, was nach fränkischem Pietismus schmeckt, wird auf das consequenteste von uns abgewiesen, und die Gegner scheinen nicht zu wissen, daß gerade von dieser Seite aus sehr heftig gegen uns polemisiert wird. Wir sind absolut freie evangelische Männer, die nichts von Sektirerei wissen und überall, so auch in Preußen sich zur Landeskirche halten. Kein einziger der Brüder predigt in Moabit, keiner (außer denen die Schullehrer sind) lehrt; was aber das Beten betrifft, so steht das Jedem als ein Recht frei, für das er vor Gott verantwortlich ist. Die Brüder besitzen hierin so viel Takt, daß sie auch ohne Instruction sich von Uebergriffen fern halten, und in 4 1/2 Jahren ist kein Fall der Klage vorgekommen. (Der Redner verliest in Bezug auf einen angegriffenen Gefängnisaufseher in Moabit die Atteste zweier Direktoren der Anstalt, welche überaus günstig lauten; es wird u. A. gesagt, derselbe habe durch Bescheidenheit, Ernst, Würde und große Thätigkeit ein schlechtes Revier in ein Musterrevier verwandelt). Man sollte sich daher hüten, den Vorwurf der Heuchelei gegen 300 Ehrenmänner zu schleudern.

Noch Eines. Wie kommt es, daß von allen Gefangenen nicht Einer ist, der nicht mit Dank für die Behandlung im Zellengefängnis erfüllt ist? Woher kommt es, daß viele Inassen der Stadtvoigtei nach Moabit wollen? Der Geisliche hat mit der Ueberweisung nichts zu thun, sondern die Verwaltung, der Minister oder der Polizei-Präsident. In den letzten 3 1/2 Monaten haben sich 47 Gefangene der Stadtvoigtei, die zum Theil 10, 15 oder 20 Jahre Zuchthaus zu verleben haben, zur Aufnahme in das moabiter Zellengefängnis gemeldet. Man könnte die Frage aufwerfen, ob nicht die gemeindefürsorgende Haft schwerer ist, als die Einzelhaft. Bei Tag und Nacht mit Verbrechern zusammen zu sein, ist für Viele unerträglich. Wichtig ist, daß Einzelne die Einzelhaft nicht ertragen können; da aber die Einzelhaft lediglich von der Verwaltung abhängt und nicht ein förmliches System ist, so ist eine Aenderung in Bezug auf Einzelne eben Augenblicklich möglich.

Wenn man aber die Einzelhaft verläßt wissen will, nach welchem der Länder, wo sie eingeführt ist, will man sich richten? Nach Portugal, England, Frankreich, Toscana u. s. w. Sie besteht von 9 Monaten ab bis zu 20 Jahren. Das Bedenklichste ist ja doch die Dauer der Strafe. Es würde sich eine Ungerechtigkeit ergeben, wenn sich herausstellte, daß die gemeindefürsorgende Haft härter sei; dann würde es weit richtiger sein, alle Strafen zu verkürzen und einen Ausweg zu finden, der sowohl den gemeinsamen als den Einzelgefangenen zu Gute käme. Die Consequenz meiner Ansicht ist nicht eine Furcht vor der gesetzlichen Regelung der Einzelhaft; ich befürchte nur, daß, wenn auf einmal durch eine gesetzliche Regelung, wie sie die Commission verlangt, in den Organismus der Gefängnisverwaltung eingegriffen würde, eine bedeutende Störung in den Gemüthern der Gefangenen in den Anstalten überhaupt eintreten könnte. Ich würde es aber allerdings für gerechtfertigt und für eine hohe würdige Aufgabe halten, durch die sich auch der Landtag nicht nur um Preußen, sondern sogar um Deutschland und Europa verdient machen könnte, wenn die ganze Strafanstalts-Verwaltung auf eine gesetzliche Regelung zurückgeführt werden würde. Dann würde allerdings auch die Einzelhaft als ein besonderer Vorwand der gesetzlichen Regelung zur Geltung kommen müssen, nicht weniger wie die gemeinsame Haft. Wollte man aber jetzt einheitlich in die Einzelhaft eingreifen, so würde aller Fortschritt auf diesem Gebiete seit dem Jahre 1828 befristet werden. Eine solche Maßregel aber würde nicht nur die Verwaltung, sondern auch das Volk, für welches die Vernichtung des Verbrechens ja von der ungemessenen Wichtigkeit ist, sehr schwer treffen. (Beifall.) (Schluß folgt.)

Berlin, 3. Juni. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Den Gerichts-Assessor Grafen Ludwig Friedrich Otto von Bredow-Liepe zum Landrath des Kreises Westbavalland im Regierungsbezirk Potsdam zu ernennen; den Divisions-Auditeuren von Ernst der 16. Division zu Trier und Pfleger der 2. Division zu Danzig; sowie den Rechtsanwaltschaften und Notaren Funder in Delbe, Greiff in Leidenburg und Rump in Bochold den Charakter als Justiz-Rath und dem Appellations-Kanzlei-Sekretär Schimmel in Münster; ferner dem Stadt-Sekretär a. D. Linde zu Halle, und dem Kanzlei-Inspcctor Killisch zu Bromberg den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Kaufmann Wm. Thoburn in Uddevalla ist zum diesseitigen Konsular-Agenten daselbst bestellt worden.

Der Kreisrichter Laue in Burg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Magdeburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Burg ernannt worden. Der Notar Kanfer in Blankenheim ist in den Friedensgerichtsbezirk Gladbach im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Gladbach, versetzt worden. Der Notariats-Kandidat Grassweg in Köln ist zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Blankenheim im Landgerichtsbezirk Aachen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Blankenheim, ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Geheimen Ober-Finanz-Rath Henning zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers von Oesterreich Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des Leopold-Ordens zu ertheilen. (St. A.)

— Der „St. A.“ bringt 1) einen allerhöchsten Erlaß vom 22. April 1861 — betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853, an die Stadt-Commune Mysłowiz im Kreise Beuthen, Regierungsbezirk Oppeln. 2) Das Gesetz, betreffend die Erweiterung des Rechtsweges, vom 24. Mai 1861.

G. Voten, 1. Juni. [Tageschronik.] Die großartige Schenkung des hiesigen Kaufmanns Herrn Berger zum Bau eines neuen Reichshulgebändes ist nun vollständig in die Hände der Communalbehörden gelangt und in der Stadtverordneten-Sitzung vom 29. v. M. diese Angelegenheit dergestalt geordnet, daß der Bau des neuen Schulgebändes in nächster Zeit in Angriff genommen werden wird. — Unser neuer Regierungs-Präsident Herr de Mege wird sogleich Vernehmen nach am 1. Juli d. J. hier eintreffen und sein Amt antreten. Sein Nachfolger im Justizministerium als vortragender Rath soll der Appellationsgerichts-Rath Sydow werden, welcher schon längere Zeit im Ministerium als Hilfsarbeiter beschäftigt ist. — Unser diesjährige Volkmarkt wird vom 11. bis 13. Juni abgehalten und spricht man schon jetzt in den betreffenden Kreisen davon, daß die heutigen Volkpreise eine ziemlich hohe behaupten dürften. — Eine der letzten Nummern des hiesigen Amtsblattes bringt eine Bekanntmachung, daß die bei L. Schmädde in Gräb gedruckte, den Verfasser nicht nennende Schrift: „Die politische Sprache im Großherzogthum Posen den preussischen Gesetzen gegenüber“ auf Veranlassung der königlichen Staatsanwaltschaft vorläufig in Beschlag genommen,

